

Antrag

der Abgeordneten Ali Al-Dailami, Dr. Gregor Gysi, Andrej Hunko, Jan Korte, Zaklin Nastic und der Fraktion DIE LINKE.

Bundeswehr sofort aus Mali abziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag macht von seinem Rückholrecht nach § 8 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes Gebrauch und widerruft die Zustimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA, Bundestagsdrucksache 20/1761).
- II. Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass die Gewährleistung eines ausreichenden Versorgungs- und Schutzniveaus für deutsche Soldatinnen und Soldaten in Mali nicht sichergestellt ist und damit die im Mandat bestimmten Voraussetzungen für den Einsatz deutscher Streitkräfte nicht erfüllt sind.
- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit dem Abzug der deutschen Soldatinnen und Soldaten aus Mali unverzüglich zu beginnen.

Berlin, den 11. Oktober 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Der Einsatz westlicher Militärs in Mali ist gescheitert und hat nicht zur Verbesserung der Sicherheitssituation geführt. Frankreich ist bereits abgezogen und auch die Niederlande, Estland und Irland werden zum Ende des Jahres das Land verlassen. Schweden will sich im Juni 2023 ein Jahr früher als geplant aus MINUSMA zurückziehen. Das Vereinigte Königreich soll bis Ende nächsten Jahres seine Truppen abziehen. Nach dem Abzug Frankreichs hat die niederländische Regierung die deutsche Bitte nach Kampfhubschraubern abgelehnt und die zwei aus El Salvador gestellten Mehrzweckhubschrauber rotieren zwischen den Basen in Gao und Timbuktu. Immer wieder kommt es zu Problemen bei der Beantragung und Genehmigung von Überflugsrechten, so dass die Rettungskette nicht durchgängig gesichert ist. Nicht zuletzt zeigt das jüngste Erdölembargo der nigrischen Regierung gegen Mali die Gefahr von Versorgungslücken auch der UN-Truppen auf. Die Versorgungssicherheit sowie der im MINUSMA-Mandat des Bundestages geforderte „durchgängige“ Schutz deutscher Soldatinnen und Soldaten durch Luftnahunterstützung können nicht mehr garantiert werden.